Warum stimmt diese Vorhersage



vom 12. Januar 1914?

hw. 82

WILHELM DER LETZTE

Eine Vorhersage aus 1914

Von

Hans Leuß



Preis 30 Pf.

Verlag für Volksaufklärung Koch & Jürgens, Berlin W. 9
Potsdamer Straße 22 B
Amt Nollendorf 4323

Mit der Überschrift „Wilhelm der Letzte“ erschien am 12. Januar 1914 in der „Welt am Montag“ ein Artikel von Hans Leuß. Die bekannten Telegramme und Reden des damaligen Kronprinzen gaben Veranlassung, die Bedrohung des Friedens durch solche Ausschreitungen zu beleuchten und dem Thronerben zuzurufen, daß er für die Republik agitiere, daß sein Vater der letzte seiner Dynastie werden könne.

Am 5. März 1914 wurde Hans Leuß wegen Beleidigung des Kronprinzen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Leuß meldete sich vergeblich zum Strafantritt — er wünschte sie im Sommer zu verbüßen. Aus der Umgebung des Kronprinzen wurde ihm — mehrere Wochen vor dem Attentat von Sarajewo — mitgeteilt, daß er nicht nach Tegel kommen werde. 6 Wochen darauf begann der Krieg; Leuß fiel unter die Amnestie.

Vorher schon hatte er eine Broschüre verfaßt — mit dem gleichen Titel. Diese Broschüre war in 11 000 Exemplaren verbreitet, als der Krieg ausbrach und die Presse geknebelt wurde. Der große Rest der Auflage wurde in zwei Tagen verkauft.

Die neue Auflage erscheint — entsprechend den höheren Herstellungskosten von heute — zum Preise von 30 Pfennig.

Der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen wird über kurz oder lang der mächtigste Mann der Erde sein. Der König von Großbritannien und der russische Kaiser sind — jener durch die englische Verfassung, dieser, weil er tatsächlich und durch die Angst vor Revolution und Attentat in der Hand seiner Umgebung ist — weit unmächtiger als der Deutsche Kaiser. Andere Monarchen kommen zum Vergleich nicht in Frage.

In der Hand des Deutschen Kaisers liegt die geradezu absolute Macht über ein Heer ohne Beispiel in der Erfahrung der Menschheit, und über eine Flotte, die zwar der englischen sehr unterlegen, aber doch ein gewaltiges Machtmittel ist. Der König von England kann mit der englischen Flotte nichts unternehmen, was die vom englischen Volke gewählte Vertretung nicht will; er darf es auch nicht wagen, irgend etwas zu tun oder zu sagen, das den auswärtigen Interessen Englands schädlich wäre, oder sich auf die Seite einer Klasse oder politischen Partei in England zu stellen. Niemand und nichts hindert den König von England, seinem Lande und Volke zu nützen, wenn er der Mann dazu ist; aber wenn er irgend etwas seinem Lande Schädliches, seiner Nation oder einem Teile von ihr feindlich Erscheinendes unternehmen wollte, würde er sofort an der Grenze seiner Macht sein. Der Deutsche Kaiser dagegen ist tatsächlich beinahe absoluter Herr über die militärische Macht des Deutschen Reiches und über die auswärtige Politik dieses Reiches, also über Krieg und Frieden. Der Reichstag hat nur die Mittel für Heer und Flotte zu bewilligen; sind diese genehmigt, dann hat er höchstens dreinzureden, aber es fehlt ihm alle Gewalt, seine Reden auch in die Tat umzusetzen. Der Bundesrat allerdings hat nach der geschriebenen Verfassung wirklich Macht in die Wagschale zu werfen. Tatsächlich aber ist auch diese Macht sehr viel geringer, als es nach dem Wortlaut der Verfassung scheint. Der Deutsche Kaiser hat das Kommando über

die Wehrmacht; er hat den Reichskanzler zu ernennen und zu entlassen — er allein — und hat durch ihn und durch die Stimmen Preußens ein Uebergewicht im Bundesrat. Er kann uns in Kriege verwickeln, ohne daß ihn jemand daran hindern könnte. Er ist der Herr.

Als König von Preußen ist er tatsächlich mehr eingeschränkt als in den militärischen und auswärtigen Angelegenheiten des Reiches. In Preußen hat der Adel durch die Bureaukratie und die agrarische Politik so viel Macht gewonnen, daß Wilhelm II. gegen diese Macht in den wichtigsten Fragen nicht hat durchdringen können. An dieser preußischen Adelsmacht sind der Kaiser und seine Minister gescheitert, wenn sie etwas jener nicht Genehmes durchsetzen wollten — Kanal, Wahlreform und andere Pläne.

Bekanntlich ist die wirkliche Verfassung eines Staates selten auch die auf dem Papier stehende. In der deutschen und der preußischen Verfassung stehen viele schöne Dinge, die nur leere Worte sind. Die tatsächlichen Machtverhältnisse entscheiden; sie bilden zusammen die wahre Verfassung eines Staates. Bei uns sind sie so, daß der König von Preußen in seiner Macht über den Staat durch den Adel erheblich eingeschränkt ist — Preußen ist also ein durch die Macht der Aristokratie beschränkte Monarchie; die Rechte des Abgeordnetenhauses sind auch nur ein Mittel in der Hand des Adels, der mit ihm versippten politischen Verwaltung und der Kirche. Im Reich aber sind die wichtigsten Machtmittel ganz in der Hand des Kaisers. (Diese Macht, die er als Kaiser hat, ist sogar geeignet und ausreichend, ihn als König von Preußen von der Macht des Adels und der Bureaukratie zu befreien, wenn er dies will.) Im Reiche also ist der Kaiser unter dem Scheine einer Verfassung mit demokratischem Wahlrecht weit absoluter als in Preußen; — das Deutsche Reich ist nach seiner tatsächlichen Machtverteilung eine absolute Monarchie, nur in der Gesetzgebung und Geldbewilligung, nicht im geringsten aber in der Anwendung der ungeheuren militärischen Machtmittel, eingeschränkt durch den Reichstag und den Bundesrat. Solch eine Verfassung wie die wirkliche, tatsächliche des Deutschen Reiches, nennt man Scheinkonstitutionalismus.

Allerdings gibt es auch im Reiche reale Mächte, die nicht ganz vernachlässigt, nicht roh verletzt werden dürfen, wenn man nicht Gefahr laufen will, die ganze politische Maschine in Unordnung zu bringen.

Kunst und Wissen haben sehr viel von der Macht

eingebüßt, die ihre Vertreter früher in die Wagschale zu werfen hatten; diese Kreise sind durch Zersplitterung und Streberei geschwächt. Erwerbsinteressen und der Gegensatz zu den Arbeitermassen haben die früher so große Macht des Bürgertums — das mit der Intelligenz verbündet war — auf einen beinahe verächtlichen Stand hinuntergebracht. Die Machtgebilde der Arbeitermassen sind gewiß nicht zu verachten, aber ihre politischen Tendenzen sind allen anderen Klassen verhaßt, und das Anschwellen jener Machtgebilde stärkt diesen Haß und damit die Macht ihrer Gegner; dies vor allem, wenn Führer der Arbeitermassen und diese selbst es an politischer Klugheit, an taktischer Gewandtheit fehlen lassen und unfruchtbare Demonstrationen für Machtproben oder wenigstens Machtäußerungen halten, ein Irrtum, der sehr oft die Demokratie verführt und schädigt.

Sind also diese drei Machtgruppen jede in sich und durch Gegensätze untereinander nicht mehr fruchtbar, was sie vor wenigen Jahrzehnten noch waren, so sind sie doch noch immer so stark, daß man sie nicht ganz ausschalten kann. Schon die Rücksicht auf die Wirtschaft, auf die Reichsfinanzen, verbietet das, und diese Rücksicht ist heute die stärkste aller tatsächlichen Einschränkungen des Absolutismus im Reiche. Er darf die Henne nicht erwürgen, die ihm die goldenen Eier legt; diese aber bezieht er von den Arbeitern und den Kapitalisten.

Jedermann im Reiche weiß, daß dieser tatsächliche Verfassungszustand im Reiche nicht ewig so bleiben kann. Alles ist immer in Fluß, — das ist eine der ältesten Erkenntnisse der Menschheit. Die Zustände und Gegensätze in Deutschland sind aber besonders gekennzeichnet als solche des Übergangs, der Entwicklung. Das sehen alle ein, Adel und Demokratie, und alle wirken gegeneinander, ringen miteinander um die nächste Stufe politischer Entwicklung in Deutschland. Der Adel und die mit ihm verbündeten Kreise fürchten eine Demokratisierung der tatsächlichen Verfassung und wollen deshalb eine Rückbildung, eine Verminderung des Rechtes der Massen; diese aber drängen auf Erweiterung ihres Rechtes. Die Zeit, in der wir leben, ist, und die vor uns liegenden Jahrzehnte werden noch mehr sein: Die Zeit des Ringens um die Entwicklung der Verfassung.

Im Reiche stehen die Dinge so, daß die Wünsche des Adels auf eine Einschränkung des Wahlrechts und Unterdrückung der Arbeiterbewegung kaum anders als durch einen Staatsstreich (Hochverrat) erfüllt werden können. Der

aber wäre nicht leicht auszuführen. Er würde im Bundesrat ernsten Widerstand finden, und er würde Deutschland mit so schweren Unruhen bedrohen, daß die Wirtschaft und damit die Finanzen des Reiches, also auch seine militärische Macht, eine Katastrophe erleben würden.

Deshalb sind jene Machtgruppen auch heute noch so stark, daß die Rücksicht auf sie die Rückbildung der geschriebenen Verfassung im Sinne der Wünsche des Adels und seiner Gesinnungsfreunde hindert: Die tatsächliche Verfassung hat also noch einige Machtmittel, um den gewaltsamen Bruch des geschriebenen Verfassungsrechtes zu hindern und die friedliche Entwicklung der tatsächlichen Verfassung, der Machtverhältnisse, zu bewirken. Solch eine friedliche Entwicklung aber könnte nach allen Erfahrungen der Vergangenheit und nach der politischen Wahrscheinlichkeitsrechnung nur eine demokratische Einschränkung des Absolutismus im Reiche und der Adelsmacht in Preußen sein.

Der Monarch würde dabei zwar an Macht einbüßen; aber die Monarchie würde an Sicherheit gewinnen. Die sicherste Macht von allen Monarchen haben die in germanischen Staaten mit realer Parlamentsgewalt; in ihnen wird die Monarchie kaum ernstlich angefochten. Je autokratischer, despotischer eine Monarchie ist, desto unsicherer ist ihr Bestand, desto mehr ist der Monarch einem gewaltsamen Tode ausgesetzt. Albern wäre es, den Ernst der geschichtlichen Erfahrung zu verkennen, daß sowohl in England wie in Frankreich der Absolutismus ein blutiges Ende genommen hat, und daß Freiheitsbriefe regelmäßig mit Blut erkauft werden — auch mit Bürgerblut. Wenn in Deutschland die geschichtliche Entwicklung eine friedliche bleiben soll, wird die Rückbildung der Reichsverfassung im Sinne des preußischen Adels vermieden werden müssen. Wenn ein deutscher Kaiser in unseren Verfassungskämpfen die Wünsche des preußischen Adels sich zu eigen machte, würde er einen unversöhnlichen und starken Widerstreit der Interessen heraufbeschwören, die jetzt zerspaltenen, uneinigen und unmächtigen Kräfte und Gruppen der Nation — Bildung, Kapital, Arbeit — durch wirtschaftliches Elend verbinden und so einen Weg beschreiten, vor dem das Ende der Stuarts und Bourbons warnen sollte. Wer etwa meinen sollte, daß die historische Gerechtigkeit heute nicht mehr so funktioniere, wie im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert, würde wenigstens zugeben müssen, daß ein deutscher Kaiser, der die Reichsverfassung im Sinne des preußischen Adels gewaltsam veränderte, sich ganz in die Hände

dieses Adels und der katholischen Geistlichkeit lieferte. Eine kühle, besonnene Berechnung aller politischen Kräfte und Möglichkeiten muß die innere Politik der Monarchie in Deutschland-Preußen auf den Weg friedlicher Entwicklung weisen, — auch vom Gesichtspunkt der Monarchie und des Monarchen selbst aus und ebenso im Interesse der Nation.

Die Verfassungskämpfe, in denen wir leben, werden ihre entscheidende Wendung voraussichtlich während der Regierungszeit des jetzigen Kronprinzen finden.

Man weiß, daß des Kaisers nächste Umgebung wegen seiner Gesundheit in Sorge ist, und man führt darauf das politische Hervortreten des Kronprinzen zurück. Ein Journalist, der vor wenigen Monaten in der Lage gewesen ist, eine politische Kundgebung des Kronprinzen — seinen Protest an den Reichskanzler gegen die Zulassung des Prinzen von Cumberland in Braunschweig — der Öffentlichkeit zu vermitteln (Dr. Paul Liman), hat kürzlich ein Buch von dreihundert Seiten über den Kronprinzen erscheinen lassen, das ganz auf einen nahen Thronwechsel gestimmt ist und in deutlichen Wendungen die Nähe dieses Ereignisses ankündigt. Ist diese Ankündigung richtig, sind jene Sorgen begründet, so gewinnt die Person des Kronprinzen eine alles andere verdunkelnde Bedeutung. Dann wird es bald von dem Willen dieses einen Mannes abhängen, ob die unter Wilhelm II. zu ungeheurer Höhe angewachsenen militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel des Deutschen Reiches in äußeren und inneren Vorstößen werden aufs Spiel gesetzt werden, oder ob das Reich auf den friedlichen Bahnen verharren wird, auf denen es in den letzten Jahrzehnten diese Kraft gesammelt hat.

Was für eine Politik ist vom Kronprinzen zu erwarten?

Das Buch von Dr. Paul Liman entwirft ein schlimmes Bild vom Thronerben. Innerlich unwahr, wie ein geziertes Geschwätz immer, und taktlos ist dieses Buch. Lang und breit klagt es das leichtfertige Urteil der demokratischen Presse über den Kronprinzen an, das auf ein halbes Dutzend bekanntgewordener Vorgänge und Äußerungen hin ein Bild des Thronerben festzulegen gewagt habe, — und im selben Atem findet der Autor, dessen Gedächtnis anscheinend auf der Höhe seines politischen und schriftstellerischen Gewissens steht, „daß der Kronprinz schärfer als je zuvor ein Prinz seines Hauses den Grundriß seines Wesens in die öffentliche Stimmung gezeichnet habe.“ Die Zeichnung, die uns Dr. Liman selbst nun entwirft, sagt dem Thronerben in der schlimm-

sten Ausprägung gerade das nach, was die demokratische Presse in einigen seiner Handlungen entdeckt hatte!

Der Rede selig malt uns Dr. Liman einen Mann, der darauf brennt, die Macht des Deutschen Reiches nicht nur zu erhalten (was selbstverständlich ist), sondern sie zu ihrer Ausdehnung anzuwenden, einen Mann nach dem Herzen der Alldeutschen, deren einer der Verfasser des Buches über den Kronprinzen ja ist. Selbstverständlich ist ihm „jener Zukunftskrieg, in dem noch einmal das deutsche Volk die Antwort auf die letzten Fragen wird fordern müssen", und er reklamiert für diese Ansicht den Kronprinzen. England, Rußland, Frankreich — alle sind, nach Dr. Limans alldeutscher Ansicht, uns unversöhnlich feind. Mit diesen Mächten müssen wir uns kriegerisch auseinandersetzen, und wir müssen ihnen zuvorkommen, weil — nun weil sie sonst uns zuvorkommen, und — weil wir „in die Breite wachsen, neuen Raum gewinnen müssen". Wir müssen uns des Wortes von Otto v. Bismarck erinnern, daß auch „dem germanischen Rom einige Gewalttat an den Sabinern nicht erspart bleiben wird". Ja, Dr. Liman erwähnt mit Behagen das „prachtvolle Pathos" eines Kurt Riezler, der das Wesen eines Volkes, seine Idee als ein „Wachsen, Ausdehnen, Herrschen und Unterwerfen ohne Ende" ansieht und von der „Herrschaft über das All" räsonniert. Wenn ein Krieg vermieden wird, dann „erstickt Deutschland wehrlos".

Also: ein Angriffskrieg, ein Eroberungskrieg tut uns not, obgleich (nein: weil) wir dann mit der Feindschaft von Rußland, Frankreich und England zu rechnen hätten.

Für dies Programm ist nach Dr. Limans Ansicht der Kronprinz der rechte Mann.

In dem Zukunftskriege, der aus solchen Verwegenheiten, um nicht zu sagen Tollheiten, entspringen soll, winkt nach Dr. Liman noch ein hoher Siegespreis: in ihm wird „über die letzte Gestaltung unseres innerpolitischen Lebens auf dem Schlachtfelde das Los geworfen werden. Die Grenzen der künftigen Rechte werden durch die Fähigkeit zum Siege, durch das Schwert gezogen". Schon vorher gäben die demokratischen Forderungen Gelegenheit, ihnen mit gleicher Münze zu dienen, — „die Möglichkeit, die Beschränkung des Volksrechts zu fordern und auch die Frage des Wahlrechts in die heiße Luft des Konfliktes zu tragen." Ist auf die Art ein Sturm zustande gebracht, „dann würde auch der Staatsstreich in dem mildernden Scheine (!) der Notwehr stehen".

Um dies Programm des „Kaisers der Zukunft" herum breitet Dr. Liman einen trüben Schleim scheinheiliger Phrasen vom „ernsthaften Schutze der Rechte und Freiheiten der Nation".

Dr. Liman sagt uns nicht, was er außer den öffentlich bekanntgewordenen Handlungen und Äußerungen des Kronprinzen als Material für seine Charakteristik hat benutzen können. Er enthebt aber den Kronprinzen jeder Verantwortlichkeit für das Buch über diesen, — der Thronerbe wisse nicht darum. Das ist wirklich glaubhaft, schon deshalb, weil das Buch die giftigste Schmähschrift auf Wilhelm II. ist, die in Deutschland selbst jemals erschienen ist. Niemand kann und wird dem Kronprinzen einen Anteil an solchen Angriffen gegen seinen eigenen Vater zutrauen. Die ganze Charakteristik des Kronprinzen in Limans Buch ist darauf gegründet, daß der Sohn in fast jeder Hinsicht das Gegenstück des Vaters sei. Während mit diesem auf allen Gebieten ins Gericht gegangen wird, verheißt uns Dr. Liman im Nachfolger den Träger aller politischen Tugenden, die kein Mangel entwertet oder mindert. Nicht ausdrücklich, aber doch erkennbar genug weist Dr. Liman den jetzigen Kaiser in die Nachbarschaft des zweiten und des vierten Friedrich Wilhelm, während er uns verheißt, daß der Kronprinz die Überlieferung des ersten Wilhelm erneuern werde. Allerdings findet Dr. Liman, daß dem Kronprinzen — wie seinem Vater — „ein allzu rascher Ausdruck der Stimmung auf dem Wege des Drahtes oder in rasch entworfenem Briefe in die Ferne" entwischt, aber auch diese Ähnlichkeit ist nur ein Schein; der Unterton starken Selbstbewußtseins, des Gottesgnadentums, die Überzeugung, ein entscheidendes Urteil fällen zu müssen, fehlen in solchen Kundgebungen des Kronprinzen. Sie sind ohne alle Mystik, einfachen und bescheidenen Tones. Ihn zeichnet im Gegensatz zu der „zeit- und weltfremden Deklarierung des monarchischen Berufes" durch Wilhelm II., der „Sinn für das Reale, das beste Erbe aus dem Nachlaß des ersten Kaisers" aus. So in allen Stücken: auf der Jagd, in der Kunst, in der Abneigung gegen Prunk und Dekoration, Litzen und Schnüre, in dem Verzicht auf Vielseitigkeit, endlich im Vermeiden von Drohungen, die nicht verwirklicht werden, wird uns der Kronprinz als der vollkommene Widerpart seines Vaters geschildert, und es braucht nicht erwähnt zu werden, auf wen in diesem Gegensatz aller Schatten, auf wen alles Licht fällt.

Seinen Gegensatz zur Politik seines Vaters und des Herrn v. Bethmann Hollweg zu vertreten, ist nach Dr. Limans

Meinung des Kronprinzen gutes Recht. Friedrich der Große, der seinem Vater; Wilhelm I., der seinem Bruder Friedrich Wilhelm IV. Opposition macht und dafür nach Coblenz verbannt wurde; Friedrich III., der wieder seinem Vater und dem Fürsten Bismarck während der Konfliktszeit öffentlich und nichtöffentlich entgegentrat, werden als Beispiele aufgeführt. Dr. Liman „vergißt" aber, daß nur Friedrich III. einen öffentlichen Protest gegen die Politik seines Vaters gewagt hat, dafür aber von diesem mit äußerstem Ernst zur Ordnung gerufen, zum „Schweigen" genötigt und in einer langen Belehrung (siehe Bismarck, Gedanken und Erinnerungen) darauf hingewiesen worden ist, daß er nichts zu sagen habe, sondern nur um zu lernen an den Staatsgeschäften teilnehme.

Aber nicht auf die öffentliche Vertretung seiner Opposition an sich kommt es für die Kritik des Kronprinzen an, sondern auf die Ziele und politischen Ansichten, die der Thronfolger in dieser Opposition vertritt. Wir hüten uns, das Bild gläubig hinzunehmen, das uns Dr. Liman von diesen Ansichten und Zielen entwirft, sondern halten uns mehr an das, was wir vom Kronprinzen selbst gehört und gelesen haben. Aber nötig ist allerdings, wenn kein Unheil entstehen soll, daß dem Porträt Dr. Limans vom Kronprinzen durch eine autorisierte Kundgebung des Thronerben der Nimbus einer besonderen Vertrautheit mit dem Thronfolger genommen wird. Diesen Nimbus nimmt der Porträtist zwar nicht mit ausdrücklichen Worten in Anspruch, aber er hüllt sein ganzes Buch in diesen Schein einer vorzüglichen Kenntnis des Thronerben, und er rechnet dabei auf den öffentlichen Kredit, den er sich in dieser Hinsicht erworben hat, als er imstande war, jenen Protest des Kronprinzen an den Reichskanzler gegen die Zulassung des Prinzen von Cumberland in Braunschweig zu veröffentlichen. (Auf schriftliche, nicht öffentliche, Einwendungen gegen die amtliche Politik hatte der Kaiser vorher seinen Sohn verwiesen, als dieser im Reichstage dem Herrn von Heydebrand applaudiert hatte.)

* *

Wenn ich Dr. Limans extreme und taktlose Prophezeiungen ablehne, so wesentlich deshalb, weil ich die Wirkung der Verantwortlichkeit auf den Thronerben höher einschätze als Dr. Liman, und weil ich weiß, daß Kronprinzen oft nachher ihre Anhänger zu enttäuschen pflegen. Ich bin vor einem Vierteljahrhundert als Leiter eines Volksblattes von Stöcker nach Berlin gerufen worden, weil dieser und Waldersee nach dem Thronwechsel ihre Zeit für gekommen hielten. Es kam

anders, ganz anders. Bismarck war es, der gegen Waldersees Kriegstreiberei den Clausewitzartikel veröffentlichte. Stöcker wurde gedemütigt und schließlich pensioniert. Derartige böse Dienste, wie sie Dr. Liman dem Kronprinzen erweist, hatten damals auch den politischen Ruf des jungen Kaisers belastet, und eine ganze Reihe von Broschüren mußte erscheinen, um Wilhelm II. von dem Verdacht der Kriegslust, pietistischer und antisemitischer Tendenzen zu reinigen.

Der Kronprinz hat sich zum erstenmal öffentlichen Angriffen ausgesetzt, als er „an die Arbeiter meiner Stadt Öls" eine Kundgebung erließ, in der es hieß: „Ihr beweist, daß keine Gemeinschaft zwischen euch und jenen Elenden bestanden hat oder je bestehen wird, die es gewagt haben, einem deutschen Mann an seine Ehre zu tasten". Damals hat Bebel im Reichstage dem Kronprinzen diesen Satz sehr energisch heimgezahlt. Dr. Liman glaubt zu wissen, daß der Kronprinz heute über jenen scheltenden Ausdruck in seiner Kundgebung hinausgewachsen sei, und er setzt auch auseinander, in welchem Sinne: der Kronprinz wisse, daß ein König nicht drohen dürfe, ohne zu treffen. Weiter sagt er, wie im internationalen Leben, so könne es auch im Innern den Zwang zum Präventivkriege" geben. Dr. Liman meint also, daß der Kronprinz sich seit jener ersten Kundgebung von Worten zu Entschlüssen fortentwickelt habe, zum „Einschreiten". Ist dafür außer der Autorität Dr. Limans, der als Gutachter im Bruhn-Prozeß sich um den öffentlichen Kredit gebracht hat, ein Zeugnis, ein glaubwürdiges, vorhanden? Nein! Man kann höchstens von einigen Indizien reden dafür, daß der Kronprinz einer Politik der Gewalt gegen die Sozialdemokratie zuneige. Dafür sprechen andere Neigungen, die er selbst geäußert hat. Dafür spricht seine Zustimmung zu den Reden der Herren v. Oldenburg und v. Wangenheim im Landwirtschaftsrat gegen die Krankenversicherung auf dem Lande, gegen die Freizügigkeit, gegen die „Angst vor der Demokratie und den Reichstagswahlen", gegen die Arbeitslosenversicherung. Dafür sprechen allerdings auch sein Umgang mit Herrn v. Oldenburg, die Richtung seiner politischen Äußerungen überhaupt und seine Teilnahme an einem Fest des Vereins Deutscher Studenten, bekanntlich einer Pflanzschule der Feindseligkeit gegen Demokratie und politische Freiheit. Daß der Kronprinz vor vier Jahren in seiner Rede an die Universitätsprofessoren in Königsberg die Vokabel „völkisch" sich angeeignet hat, mag an sich nicht allzu schwer in die Wagschale des Urteils über seine politischen Absichten fallen, aber es ist

doch nicht ganz ohne Bedeutung, wenn er seine nationalen Mahnungen in dieses Wort kleidet, das ausschließlich im Sprachschatz der Alldeutschen vorkommt, die zugleich die Träger der Scharfmacherei sind, wie Herr v. Oldenburg sich als Vertreter des Staatsstreiches inner- und außerhalb des Reichstages offen bekannt hat. Ein Umgang mit so extremen Politikern muß allerdings das Mißtrauen der Volksmassen wecken, die in jenen ihre geschworenen und zum Äußersten entschlossenen Feinde erkennen müssen.

Wenn Dr. Limans Prophezeiungen und Porträtskizze nicht „abgeschüttelt“ werden, dann werden sie als eine alle Befürchtungen übertreffende Bestätigung dieses Mißtrauens und als Vertiefung des politischen Gegensatzes dienen. Mit gleißnerischem Worte versichert Dr. Liman, daß er dem Kronprinzen das „Vertrauen der gesamten Nation“ retten wolle, ohne das er „sein schweres Werk nicht zum Segen führen“ könne. Was er aber in Wahrheit mit seinem Buch betreibt, ist das genaue Gegenteil. Bleibt das Buch ohne Korrektur, so wird es ein politisches Arsenal gegen den Kronprinzen und die Monarchie.

Bismarck hat zwar Wilhelm I. einzureden gewußt, daß man die Erfahrungen der Stuarts nicht riskiere, wenn man im neunzehnten Jahrhundert die Politik der Stuarts aus dem siebzehnten Jahrhundert wiederhole, und wenn man die Entwicklung Englands und des englischen Verfassungslebens seit der Revolution nicht hierzulande freiwillig einräume. Damals hatte er recht behalten — aber deshalb noch nicht für immer. Vielmehr hat es sich nicht nur in England, sondern bisher noch überall in der Geschichte gezeigt, daß in dem Maße, in dem ein Volk an Bildung, Reichtum und politischer Macht steigt, die Macht eines einzelnen über dieses Volkes Politik eingeschränkt, des Volkes eigenes Recht aber verstärkt wird — werden muß, weil die Interessen zu groß und mächtig werden, die Intelligenz des Volkes zu sehr steigt und reift, als daß die Nation eine Herde oder Horde bleiben wollte, ja auch nur könnte. Gegen diese allgemeine geschichtliche Erfahrung kommt auch Bismarcks abweichendes Urteil nicht auf. Noch weniger gegen die besonderen Gründe, die aus Deutschlands wirtschaftlichen und politischen Zuständen sich aufdrängen. Man muß nur sehen können und nicht sich einbilden, daß ein forsches Herz in der Politik alles sei. Oft genug sind außerdem Menschen, die ein forsches Herz zu haben meinen, in Wahrheit von den Energien eines politischen Charakters sehr weit entfernt. Die Ge-

schichte und die persönliche Erfahrung lehren jeden von uns, wie zahlreich die jungen Männer sind, die ein bewegtes Gefühl, einen Impuls für jene (entweder cholerische oder auch phlegmatische) Dauerkraft des großen Staatsmannes halten.

Der Kronprinz hat seinen politischen Gegensatz zur großen Mehrheit der Nation unterstrichen, als er die Telegramme nach Zabern und Straßburg richtete. Wie diese an die Öffentlichkeit gekommen sind, ist nicht bekannt. Sie sind aber nun einmal publik, und sie werden nicht leicht aus dem Gedächtnis der Nation schwinden. Schon deshalb, weil das eine nach der verbreiteten Version ein geflügeltes Wort geworden ist und dem Kronprinzen noch oft auf den Flügeln begegnen wird, auf denen es durchs Land gegangen ist. Mag es Soldaten und solchen Menschen, die alles auf militärische Gesichtspunkte hinausspielen, wohlklingen — eine Mehrheit der Nation, gewiß so stark, wie die Mehrheit des Reichstags bei dem Votum gegen v. Bethmann, wird zum Verfasser der Telegramme an v. Reuter noch lange in einem lebhaften politischen Gegensatz stehen; man darf sagen: in einem feindlichen.

Weit bedenklicher noch als dieser Gegensatz und die schweren inneren Konflikte, zu denen er führen muß, wenn der preußische Adel und einige Scharfmacher siegen, ist die Aussicht in der auswärtigen Politik.

Was in dieser Hinsicht vom Kronprinzen bekanntgeworden ist, das begründet die Befürchtung, er könne wirklich ein Mann nach dem Herzen der Alldeutschen und Dr. Limans sein — in den auswärtigen Angelegenheiten, wohlgemerkt! Deshalb — ich sage es in Rücksicht auf die Erfahrung, die ich in Moabit gemacht habe — braucht er noch nicht „schuldhaft unwürdig und unfähig zur Thronfolge" zu sein; aber er verschärft dann in der Masse und in der Intelligenz den Gegensatz zu den monarchistischen Einrichtungen von heute, den Willen zu ihrer Änderung. Dieser Wille liegt ja ohnehin nahe; — meine Richter in Moabit mögen sagen, was sie wollen, es bleibt doch wahr, daß nur ein ungebildetes, unreifes oder charakterloses Volk, wenn es mächtig und groß wird, darauf verzichtet, seine politischen Geschäfte selbst zu besorgen, anstatt sich und alle seine Macht, sein Gut und Blut in die Hand eines einzelnen zu geben, der nur durch das Erbrecht zu dieser halbgöttlichen Stellung ausersehen wird.

Ist das an sich selbstverständlich, so wird es das noch mehr gegenüber den Verhältnissen und Zuständen von heute.

Der Kronprinz, so sagt Liman, bewundert Napoleon I.

Dieser Beweger einer Welt, dem Europa nur ein „Maulwurfshügel“ war, hätte dies wohl von dem Europa von heute nicht gesagt. An Volkszahl und Reichtum und gar an militärischer Machtentfaltung hat Europa heute im Vergleich zu Napoleons Zeit ein Riesenmaß angenommen. Das Europa Napoleons verhält sich zu dem, das der Kronprinz vorfindet, etwa wie Potsdam zu Groß-Berlin.

Selbst das Genie Napoleons hat nicht ausgereicht, die Macht einer einzelnen Nation über das Europa von damals zu etablieren. Was aber Herr Dr. Liman vom Kronprinzen erhofft, liefe darauf hinaus, daß dieser die deutsche Nation in einen Krieg um die Weltherrschaft verwickeln soll; das wäre: mit Frankreich, Rußland und England zugleich um die Herrschaft der Erde uns messen.

Man bedenke einmal still und ernst die Tatsache, daß dieser Gedanke in den Köpfen unserer Alldeutschen spukt, und daß sie für ihn den Kronprinzen in Anspruch nehmen! Man male sich aus, was für eine Aussicht die Verwirklichung dieser Phantasie heraufbeschwört! Selbst Herr Dr. Liman kann nicht leugnen, daß Deutschland in solch einem Kriege auch unterliegen kann, zumal da ein Mann napoleonischen Maßes doch wirklich nicht sichtbar ist. Daß eine Niederlage in diesem Kriege, wenn er von uns heraufbeschworen würde, der dafür verantwortlichen Dynastie ein Ende machen würde, ist selbstverständlich und wäre zu ertragen gegenüber dem Schicksal, das die Nation selbst erlitte: sie würde vielleicht nicht einmal ein „geographischer Begriff“ bleiben, was sie vor der neuen Epoche doch immer noch war, sondern ein Haufe von Mittelstaaten unter Aufsicht Europas. Dem deutschen Staat würden die Sieger ein Ende bereiten, das in den schlimmsten politischen Katastrophen der Geschichte kaum ein Beispiel fände.

Rußland hat jetzt schon bald 200 Millionen Menschen. Diese Zahl wächst stärker als die irgendeiner anderen Nation. Korruption und Revolution — Diebstahl bei den Regierenden, Aufruhr bei den Regierten — schwächen diese Macht. Aber Rußland wächst auch innerlich, wirtschaftlich. Man arbeitet dort jetzt. In jedem Falle wird Rußland in absehbarer Zeit viermal soviel Menschen haben als Deutschland, und auf einer Fläche, auf der noch weit mehr als eine Viertelmilliarde Platz hätten.

England muß einsehen, daß die Zerstücklung Deutschlands und Oesterreichs die Engländer selbst schwer treffen und Rußland allmächtig machen würde. In Frankreich fehlen den Feinden der Revanche und der dreijährigen Dienstzeit nur

wenige Stimmen an der Mehrheit. Der Plan einer Verständigung Deutschlands mit den Westmächten ist kein Unsinn mehr. Selbstverständlich muß er dann aber das Ziel der Politik eines Reiches bilden, das gegen den slawischen Großstaat zur Grenzmacht Europas und der Kultur bestimmt ist.

Diese Politik wäre die der Nation selbst. Niemand wird verkennen, daß die Mittel, mit denen wir seit Jahren bald hier, bald da uns zu empfehlen versucht haben, nicht klug gewählt waren — sondern sehr unzweckmäßig. Aber was uns von den Alldeutschen und agitierenden Offizieren dafür empfohlen wird, wäre doch noch weit unzweckmäßiger, ja es wäre das Unheil selbst: Rüsten, rüsten und überall die Zähne zeigen; erst noch 40 000 Rekruten mehr, dann schnell die dreijährige Dienstzeit, und dann los — Präventivkrieg! Darauf laufen die Rumore hinaus, die uns zugemutet werden, und Dr. Liman wagt es, solches Zeug als das Programm des Kronprinzen aufzutischen.

Ich nehme an, daß dieser sich von dem Verdachte befreien wird, Dr. Liman habe ihn richtig gezeichnet; ich rechne ihm also das nicht an, was Dr. Liman ihm nachsagt. Aber ich finde, daß das, was wir von ihm selber wissen, eine Gefahr bedeutet.

Der Kronprinz hat nicht nur öffentlich im Reichstage Herrn v. Heydebrand Beifall gespendet, der im Marokkohandel kriegerische Reden geführt hat, sondern er hat damals die Absicht gehabt, mit seinen Brüdern zusammen zum Kaiser zu gehen, um gegen Bethmanns und Kiderlens (in Wahrheit: des Kaisers) Politik Vorstellungen zu machen. Der Kronprinz hat nicht nur in den Marokkohändeln demonstriert, sondern auch, als bald danach die Italiener gegen Tripolis zogen, schriftlich politische Vorschläge gemacht, die Herr v. Kiderlen mit dem Gegenteil von Anerkennung und Zustimmung beantwortet hat.

Man muß nach diesen Erfahrungen annehmen, daß, wenn damals schon der Kronprinz am Ruder gewesen wäre, wir es auf einen Krieg um ein Stück von Marokko hätten ankommen lassen, und daß wir bei den türkischen Wirren auf Erwerbungen ausgegangen wären. In beiden Fällen wäre es zu dem europäischen Kriege gekommen, den zu vermeiden alle Nationen einig sein sollten.

Der Kronprinz hat in einem Buche über das Soldatenleben und in seinem Regimentsbefehl in Langfuhr soldatische Gemütsregungen in einer Art bekundet, die erkennen läßt, daß politische Entschließungen bei ihm von sehr lebhaften mi-

litärischen Neigungen würden beeinflußt werden. Das bedeutet eine Gefahr. Wenn ein Kronprinz bei einer Kavallerieattacke im Manöver mit schwellendem Gefühl die Worte vernimmt: „Ach, wenn es doch Ernst wäre!" — wenn er in seinem Regimentsbefehl ähnliche Töne anschlägt, so sind diese Neigungen zum „Ernst" für politische Entschließungen eine Gefahr, eine Gefahr, die bereits akut geworden wäre, wenn der Kronprinz zur Marokkozeit und bei den ihr folgenden türkischen Wirren schon das Schwert in der Hand gehabt hätte.

Die Nation muß und wird aus dieser Einsicht die andere gewinnen: daß dem Absolutismus, dem Scheinkonstitutionalismus ein Ende gemacht werden muß.

Wir müssen selbst etwas „zu sagen" haben.

Aufhören muß ein Zustand, in dem wir eines Morgens aufwachen könnten mitten in einer Mobilmachung, die wir selbst nicht gewollt haben, die ein einzelner über uns verhängen, in die ein einzelner uns hineinführen kann.

Wenn wir das nicht dulden wollen, so ist damit nicht gesagt, daß der Kronprinz „schuldhaft unwürdig und unfähig" sei, sondern nur, daß wir nicht schuldhaft Unwürdige und Unfähige sein wollen.

Das aber wären wir, wenn wir uns nicht zusammenfänden in dem Vorsatz: unser Gut und Blut und unsere politischen Interessen nicht in der Hand eines einzelnen zu lassen, sondern Rechte für das Volk selbst zu erobern!



Druck: Paul Fieck, Buchdruckerei, Berlin SO. 26, Naunynstr. 55.

(Nachdruck)